

Gut 30 Millionen für Generationenprojekt

Konolfingen: Am 25. November entscheidet die Stimmbevölkerung über den Neubau des Primarschulhauses – mit oder ohne Aussenstandort Dorf. Es geht um 31 beziehungsweise 34 Millionen.

Am Montag informierten Gemeinderat und Abteilungsleiter die Medien über die Vorlage (siehe Kasten), welche am 25. November an die Urne kommt. Zwischen den Schulhäusern Stalden und Kirchbühl (auf dem Hübeli) soll ein ringförmiges Schulhaus entstehen für Kinder vom Kindergarten bis zur 6. Klasse. Ob auch jene von Konolfingen Dorf im Neubau zur Schule gehen würden, entscheidet das Stimmvolk, denn es stehen zwei Varianten zur Auswahl: Der Gemeinderat favorisiert die, welche die Schliessung sämtlicher Aussenstandorte vorsieht. Bei der zweiten Variante blieben zwei Basisstufen-Klassen in Konolfingen Dorf erhalten. Für die zweite Variante sind die Kosten mit rund 34 Millionen Franken veranschlagt, der Verzicht auf den Standort Dorf würde demnach drei Millionen sparen.

Vorerst keine Steuererhöhung
«Können wir das bezahlen?», stellte Heinz Suter, Ressortchef Finanzen, die Frage. Es stünden schliesslich auch noch weitere grosse Projekte an wie die Erweiterung des Oberstufenzentrums und die ARA Kiesental. Bis ins Jahr 2030 seien mit Investitionen von 80 Millionen Franken zu rechnen. «Ja, wir können uns das leisten», lautete seine Antwort. Konolfingen habe keine Schulden und stehe finanziell solide da. Das Tafelsilber im Wert von 35



Bis zum Schuljahresbeginn 2021 soll das Primarschulhaus fertig sein, vorausgesetzt, an der Urne gibts ein Ja.

zvg.

Millionen Franken – gemeindeeigene Baulandparzellen und Liegenschaften – sei nicht angetastet worden. Bei den Steuereinnahmen und der Zinsbelastung hätten sie defensiv gerechnet. «Wir haben einen Zinssatz von zwei Prozent für Fremdkapital angenommen. Aktuell könnten wir das Geld für 0,1 bis 0,2 Prozent aufnehmen», führte Heinz Suter aus. Mit einer Steuererhöhung von maximal einem Zehntel sei nach heutigem Kenntnisstand frühestens in den Jahren 2024/25 zu rechnen. Konolfingen hat aktuell eine Steueranlage von 1,59 Einheiten.

Mehr als Klassenzimmer
Nicht nur der Finanzchef warb für die Vorlage, sondern auch Bernhard Bacher, Projektleiter und Abteilungsleiter Bildung. Es handle sich um ein Generationenprojekt, ausgerichtet auf einen Zeithorizont von 50 Jahren. Konolfingen brauche dringend mehr Schulraum. Bis 2021 gebe es auf Kindergarten- und Primarstufe 100 Schülerinnen und Schüler mehr. In den nächsten zehn Jahren würden sie einen Viertel zusätzliche Klassenzimmer benötigen. Doch damit sei es nicht getan. «Eine moderne Schule umfasst mehr, so etwa Gruppenräume, Zimmer für Spezialunterricht wie Logopädie und Psychomotorik sowie eine flexible Raumeinteilung.» Die bestehenden 50- bis 100-jährigen Schulhäuser wiesen ein veraltetes Raumkonzept aus. Auch für die wachsende Tagesschule gäbe es damit eine Lösung. Sie ist heute in einem Provisorium untergebracht. Als weiteres Argument für den Neubau nannte Bernhard Bacher die Basisstufe, deren Einführung die Stimmberechtig-

ten beschlossen haben. Diese erfordere eine Infrastruktur, welche die heutigen Liegenschaften nicht erfüllen könnten. «Dass mit einem zentralen Standort alle Kinder Konolfingens von demselben Bildungsangebot profitieren könnten, ist ein weiterer grosser Vorteil», betonte der Abteilungsleiter Bildung. Nicht zuletzt stelle das neue Schulhaus auch einen attraktiven Arbeitsort dar, was in Zeiten des Lehrermangels nicht unerheblich sei.

Plan B gibts nicht

Was geschieht, wenn die Stimmbevölkerung dem Gemeinderat nicht folgt und beide Varianten ablehnen? «Das hoffen wir natürlich nicht», so Bacher. «Einen Plan B könnten wir nicht aus der Schublade ziehen.» Es müsste un-

verzüglich mit der Sanierung der bestehenden Liegenschaften begonnen werden. Weil ein Gebäude nach dem andern renoviert würde, müssten die Schüler während der Bauzeit auf die übrigen Schulhäuser verteilt werden. Die Einführung der Basisstufe wäre nicht mehr gewährleistet. «Ausserdem hätten wir damit nur eine Lösung für die nächsten zehn bis 15 Jahre.»

Der Ressortchef Finanzen, Heinz Suter, gab zu bedenken, dass auch bei einem Nein 15,5 Millionen Franken investiert werden müssten, und das für eine Pflasterlipolitik. «Ich für meinen Teil investiere lieber 20 Franken für 50 Jahre als zehn für 15 Jahre.»

Silvia Ben el Warda-Wullschläger

Öffentliche Informationsveranstaltung: 31. Oktober, 19.30 Uhr, Oberstufenzentrum Stockhorn.

Die Vorlage

Abgestimmt wird am 25. November über die Schullandschaft Stalden mit den beiden Varianten Neubau Schulhaus sowie Neubau Schulhaus mit Erhalt des Aussenstandortes Dorf für rund 31 oder 34 Millionen Franken. Weiter enthält die Vorlage einen Planungskredit von 500'000 Franken, um die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenzentrums inklusive Turnhalle zu planen. Der Neubau des Schulhauses auf dem Hübeli bedingt eine Zone für öffentliche Nutzung (ZÖN). Ausgehend für die Schaffung dieser ZÖN soll eine Parzelle beim Mehrzweckplatz von einer ZÖN in eine Zone mit Planungspflicht überführt werden. Beide Parzellen haben denselben Grundeigentümer. Auch darüber wird abgestimmt.

Fabrik, Schulwege und Sicherheit

Die Behördenvertreter gingen auch auf Bedenken der Bevölkerung ein, etwa, dass mit einem einzigen Standort für alle Primarschüler eine «Fabrik» entstehe und die jüngeren Kinder überfordert seien. «Im neuen Schulhaus wird es klare Strukturen geben, so dass sich auch die Jüngsten zurechtfinden und wohlfühlen», betonte Bernhard Bracher. So werde der Ring in Schnitze – kleine Schulgemeinschaften von vier Klassen – aufgeteilt, alle mit eigenen Eingängen. Die Basisstufe könne zudem den Innenhof als Unterrichtsraum nutzen. Dieser wie auch der Aussenraum weise Nischen auf, in die sich Schüler zurückziehen könnten. Nicht alle Kin-

der würden gleichzeitig auf einem einzigen grossen Platz Pause machen.

Teilweise längere Schulwege

Dass der Schulweg für Kinder aus der peripheren Gebieten länger würde, sei eine Tatsache, sagte Bacher. «Die Zahl der Kinder, die mit dem Schulbus gefahren werden müssten, nähme mit der neuen Organisation zu.» Dafür würden die täglichen Transporte innerhalb des Unterrichts (Sport-, Spezialunterricht) und in die Tagesschule wegfallen. In Bezug auf die Verkehrssicherheit will der Gemeinderat Massnahmen prüfen wie Lotsendienst und Schulwegbegleitung oder Temporeduktion in Quartieren.